

DIESE GRÜNEN!



DIE FINANZKRISE TRIFFT DIE BERGISCHEN AUTO-ZULIEFERER

LEIDER KEINE GUTEN AUSSICHTEN

Früher blühte in Wuppertal die Textilindustrie. Die Arbeit mit Bändern, Stoffen und Farben hat die Stadt gestützt und bereichert. Heute wird die bergische Wirtschaft von Autoteilen getragen. In der Region gibt es in dieser Branche 280 Betriebe mit gut 16.000 MitarbeiterInnen. Das sind etwa 7,5 Prozent aller Beschäftigten.

Nun erreicht die internationale Finanzkrise das Bergische Land. Automobilkonzerne verkaufen deutlich weniger Autos und die Zulieferer entsprechend weniger Teile. Versicherungen sind nicht mehr bereit, das Risiko für die Forderungen der Zulieferer an die Autokonzerne zu übernehmen. Beispielsweise für Opel und Ford gibt es keinen Versicherungsschutz mehr, erklärte der Kreditversicherer Euler Hermes Anfang November. Für die Zulieferer bedeutet das: Sie tragen jetzt selbst das Risiko, wenn ein Autokonzern die Rechnung für gelieferte Teile nicht bezahlen kann. Schon jetzt bezahlen die Konzerne erst Monate später. Sollten Automobilunternehmen Pleite gehen, blieben die Zulieferer auf ihren Forderungen sitzen und müssten meist selbst Konkurs anmelden. Wenn nun die Zuliefererbetriebe ein solches Risiko tragen müssen, schlägt das auch auf ihre Bonität bei den Banken durch, das heißt die Banken wären skeptischer, wie vertrauenswürdig und zahlungskräftig die bergischen Betriebe noch sind. Die Hürden für Kredite dieser mittelständischen Unternehmen sind dann viel höher. Die Gefahr insolvent



zu werden, wird dadurch größer. So wird die Konzentration der hiesigen Wirtschaft auf die Auto-Branche zur Falle. Für die Betriebe in der bergischen Region wird 2009 ein schwieriges Jahr mit Kurzarbeit und Stellenabbau werden. Firmen, die schon jetzt kein dickes Finanz-Polster haben, werden das Jahr unter Umständen nicht überleben. Die Arbeitslosigkeit in Wuppertal und in der Region wird ansteigen. Besonders fatal: Es gibt für die Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, praktisch

keine Alternativen. Allenfalls mit weiten Anfahrten können sie noch einen Job in anderen Regionen (z.B. an der Rheinschiene) finden. Die Krise der Autozulieferer wird die Krise der Stadt verschärfen. Dazu kommt die verfehlte städtische Wirtschaftsförderungspolitik der letzten 20 Jahre. Sie bestand hauptsächlich darin, großzügig Gewerbeflächen zu genehmigen. Von nachhaltiger Strukturpolitik, die sich jetzt ausgezahlt hätte, keine Spur. Wir in Wuppertal haben nur eine

Chance: Wir müssen uns auf die eigenen Kräfte besinnen. Es gibt sehr viel Kapital, angehäuft in der Zeit der Textilindustrie. Und es gibt findige Köpfe, z.B. an der Universität. Diese beiden Seiten müssen wir zusammenbringen, um neue, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Hinweis: Eine Liste der Autozulieferer finden Sie im Internet unter: http://www.kompetenznetze.de/netzwerke/indprod-bergisches-staedtedreieck/netzwerk_partner_list



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Wochen füllt die Internationale Finanzkrise die Zeitungen mit immer neuen Schreckensmeldungen. Welche Auswirkungen für Wuppertal zu erwarten sind, lässt sich noch nicht genau beziffern. Fest steht jedoch, dass die Konjunktur in den Keller gerutscht ist. Wir zeigen das am Beispiel der Zuliefererbranche für Automobile in Wuppertal. Als GRÜNE Fraktion haben wir uns unter anderem für ein Sozialticket eingesetzt, um die Finanzierung der unter Dreijährigen Kinder gekümmert und helfen der Stadtentwicklung auf die Sprünge.

Wir wünschen Ihnen eine angelegte Lektüre, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

KINDERBETREUUNG FÜR DIE KLEINSTEN

LANDESREGIERUNG LEGT STEINE IN DEN WEG



Eigentlich klingt alles gut: Der Bundestag sagt den Bundesländern unter anderem 4 Milliarden Euro für mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu, das Land beschließt ein Gesetz für mehr Kinderbetreuung, und in der Sache sind sich sowieso alle einig: Für die Kinder das Beste. Trotzdem kommt in den Städten davon noch nicht viel an.

Erstens: Das Land Nordrhein-Westfalen rückt, anders als zugesagt, das Bundesgeld für die Kinderbetreuung in den Kommunen nicht heraus oder nur teilweise. 21,6 Mio. Euro hat die Bundesregierung für Betriebskosten in den Kindergärten bereitgestellt. Die NRW-Landesregierung nimmt dieses Geld aber, um damit seine eigenen Zuschüsse an die örtlichen Jugendämter zu finanzieren. Lediglich 5 Mio. Euro sollen über das Gemeindefinanzierungsgesetz an die Kommunen weitergegeben werden.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

AUS DEM INHALT

Seite 2
Stadtentwicklung

Seite 3
6. Gesamtschule:
Traum oder realistisch?

Seite 4
Finanzkrise

Seite 4
Sozialticket für den VRR

Seite 5
Umweltzonen

ERFOLGREICHE STADTTTEILPROJEKTE

■ TATEN STATT WARTEN!



In Wuppertal gibt es eine Sehnsucht, die sich durch die städtische Wirtschaftsförderungspolitik der letzten 25 Jahre zieht: Die Hoffnung auf einen großen Investor, der von außerhalb kommt und auf einen Schlag 1000 neue Arbeitsplätze schafft. Diese Sehnsucht erinnert an das Stück „Warten auf Godot“ von Samuel Beckett. Godot kommt nicht. Und auch kein Großinvestor. Dafür verliert Wuppertal jedes Jahr 2000 EinwohnerInnen und 1500 Arbeitsplätze. Dabei hat Wuppertal Einzigartiges zu bieten: Die historischen Stadtteilzentren, die vielen Stadtviertel mit ihrer Gründerzeitbebauung.

Die Stadtteile haben allerdings auch große Probleme: Betriebe haben sich zurückgezogen, dadurch sind Brachflächen entstanden. Das gefährdet auch den Einzelhandel, kleine Handwerksbetriebe, Dienstleistungen und andere

Angebote vor Ort. Häuser stehen dicht an dicht. Es gibt wenige öffentliche Freiflächen. Wohnungen sind überwiegend preiswert, aber dafür oft eher schlecht ausgestattet. Um diese Situation zu verbessern, braucht Wuppertal integrierte Handlungskonzepte für die Stadtteile. Und das sieht konkret so aus:

In **Ostersbaum** wird seit Ende 1998 ein umfassendes Konzept mit Hilfe von Fördergeldern des Landes NRW umgesetzt. In **Oberbarmen/Wichlinghausen-Süd** setzt man seit 2001 mit Hilfe eines Stadtteilbeauftragten Schritt für Schritt ein Handlungskonzept um, das ausschließlich auf Wuppertaler Kräfte baut. Seit 2002 gibt es auch für **Unterbarmen**, die **Elberfelder Nordstadt** und den **Arrenberg** Stadtteilbeauftragte.

Die Stadtteilprojekte bringen jetzt sichtbare Veränderungen: Der **Bun-**

ker am Platz der Republik wird abgerissen (eine Initiative der Stadtteilkonferenz und der Elberfelder GRÜNEN). Der **Schusterplatz** wurde schon 2007 zu einem Mehrgenerationenplatz umgestaltet und hat seit kurzem das bemalte Trafohäuschen mit Toilette (siehe Foto).

Am **Arrenberg** entwickelt sich die ehemalige **ELBA-Fabrik** durch Privatinitiative zu einem lebendigen Quartier mit Kunst und Kultur. Einen Teil der Flächen wird die Universität nutzen. Beim NRW-Tag Ende August konnten BesucherInnen schon einen Eindruck von dem Potenzial der Gebäude bekommen. Wandbilder verschönern seitdem eine Mauer am Wupperufer. Viele kleine Schritte mit beachtlicher Wirkung – während manche noch immer auf Godot warten, gilt für andere: Wir machen es selbst und besser. Der Erfolg kann sich sehen lassen!

STADTENTWICKLUNG MANGELHAFT

■ WAS BRINGT JUNGS NACHFOLGER?

Peter Jung (CDU), Wuppertals Oberbürgermeister, ist als Planungsdezernent auf ganzer Linie gescheitert. Nun übernimmt Frank Meyer (SPD) die Stadtentwicklung und Planung. Sein Scheitern hat Jung allerdings nicht davon abgehalten, seinem Nachfolger oberbürgermeisterliche Leitlinien zur Stadtentwicklung vorzugeben.

Beispiel Nr. 1: Leitlinie Wirtschaft

Jung möchte Wuppertal als Wirtschaftsstandort insbesondere mit den Kompetenzfeldern Automotive, Maschinen- und Werkzeugherstellung bzw. Metallverarbeitung sowie Gesundheitswirtschaft und Event positionieren. Wie anfällig es in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist, einzig und allein auf alt Bewährtes zu setzen, zeigt die Automobil-Branche: Noch vor Weihnachten ist damit zu rechnen, dass in Folge des Produktionsstopps bei den großen Autokonzernen auch alle bergischen Zulieferer in höchste Schwierigkeiten geraten. Nicht nur ZeitarbeiterInnen werden ihren Job verlieren. Der OB hat es mittlerweile über vier Jahre verpasst, auf moderne, zukunftsträchtige Industrien und Technologien zu setzen, etwa im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz.

Beispiel Nr. 2: Leitlinie Umwelt

Jung setzt wirtschaftliche Ziele über soziale und ökologische Belange. Für den Umweltschutz darf in der Stadt nicht mehr getan werden als das, was Gesetze vorschreiben. Alles wird dem Ziel, Wuppertal zum investorenfreundlichsten Standort zu machen, untergeordnet. Damit öffnet er einer investiven Beliebigkeit Tür und Tor, unter anderem im Bereich der Ohligsmühle. Als weiteres herausragendes Beispiel ist der geplante Bau einer Jugendhaftanstalt und anderer Landeseinrichtungen auf Scharpenacken zu nen-

nen. Vor vier Jahren war für ihn selbst die Installation eines Windrades am Standort undenkbar, heute unterstützt er mit allen Mitteln, dass dort ein Fläche von 30 Hektar zubetoniert wird.

Beispiel Nr. 3: Leitlinie Soziales

Jung möchte familienfreundliche Lebensbedingungen schaffen: Priorität hat die Verbesserung der Betreuungsangebote für Kinder. Auch will er die Zukunftschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche verbessern. Die Jugendhilfe soll verstärkt präventiv und stadtteilorientiert arbeiten. Das Bündnis für Familien dümpelt seit längerer Zeit vor sich hin, der persönliche Referent des OB wurde dafür abgestellt. Dafür gibt es aber dank Landesgesetz tatsächlich bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder insbesondere unter drei Jahren. Von einer zusätzlichen präventiven Ausrichtung der Jugendhilfe ist nichts zu bemerken. Der Versuch, mittels eines „Babybegrüßungspaketes“ möglichst frühzeitig mit jungen Familien in Kontakt zu treten, wurde u. a. mit der Stimme des OB im Rat der Stadt vereitelt. Von der Familienfreundlichkeit bleibt nur das Einfamilienhausprogramm auf der grünen Wiese.

An wohlfeilen Worten, an Konzepten und Zielen fehlt es in der Stadtentwicklung nicht. Der Mangel liegt allein in der Umsetzung. Bleibt zu hoffen, dass Meyer talentierter ist als seine Vorgänger – schwer ist dies freilich nicht.

grün[®]
Keiner wie wir.

werk:stadt
GRÜN

ZUKUNFT – STADT – PLANUNG

WELCHE ENTWICKLUNG BRAUCHT WUPPERTAL?

Eine aktuelle Frage, die am 11. November aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde. In einem von der Zwischennutzungsagentur an das Projekt Olga - Raum für Kunst vermieteten ehemaligen leerstehenden Ladenlokal in der Elberfelder Nordstadt trafen sich VertreterInnen aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Stadtplanung und Umweltschutz. In

einer lebhaften Diskussion wurde die Notwendigkeit eines transparenten Stadtentwicklungskonzeptes deutlich, das den Spannungsbogen von Wirtschaft, sozialem Leben und Umwelt in Einklang bringt.

Dabei muss die von GRÜNER Seite immer wieder geforderte Bürgerbeteiligung eine weitaus stärkere Rolle spielen.

KINDERBETREUUNG FÜR DIE KLEINSTEN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Dieses Geld ist aber nicht zweckgebunden, das heißt, dass die Stadt damit im Grunde machen kann, was sie will. Sie muss es keineswegs für mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder ausgeben, obwohl die Bundesregierung dies so vorgesehen hat. Das ist aus Sicht der GRÜNEN unakzeptabel.

Dringend muss sich mehr tun in den Bereichen Kinderfreundlichkeit, Bildung von Anfang an und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wegen des Taschenspielertricks im Haushalt der CDU/FDP-Landesregierung fehlt den Städten und Gemeinden nun das Geld, um in der Kinderbetreuung weiterzukommen.

Zweitens: Familienminister Laschet wollte alle 11.000 neuen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ausschließlich für 25 Stunden pro Woche genehmigen. Zur Erinnerung: Das von Schwarz-Gelb in Düsseldorf verabschiedete „KiBiZ“ (Kinderbildungsgesetz) soll den Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen einer 25-, 35- oder 45-stündigen Wochenbetreuung geben. Eine 25-Stunden-Beschränkung würde bedeuten, dass Eltern nicht mehr frei wählen und die kommunale Jugendhilfe kaum mehr planen könnte. Nur durch beständigen und vielfältigen Druck über einige

Wochen konnte Herr Laschet in diesem Punkt „überzeugt“ werden. Seit einigen Tagen ist offenbar gesichert, dass diese 11.000 neuen Betreuungsplätze nicht mit der gefürchteten 25-Stunden-Deckelung versehen werden und die Wahlfreiheit der Eltern weiterhin besteht. Ein Teilerfolg. Jedoch ist immer noch nicht erkennbar, ob die 21,6 Mio. Euro, die der Bund für die Betriebskosten der städtischen Kindergärten an das Land überwiesen hat, vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Dies wird wohl erst der verabschiedete Haushalt des Landes in seiner Endfassung zeigen.

Um die Düsseldorfer Politiker, insbesondere von CDU und FDP, kurz vor Verabschiedung des Haushaltes noch einmal an ihre Zusage zu erinnern, brachte die GRÜNE Ratsfraktion eine entsprechende Resolution in den Jugendhilfeausschuss und folgend in den Rat ein. Im Jugendhilfeausschuss bat die Rathauskoalition noch um Verschiebung der Beratung auf den Rat. Für die Sitzung des Rates lag dann ein eigener gemeinsamer Antrag der SPD und CDU mit sehr inhaltsähnlichem Text vor.

So wurde die GRÜNE Resolution abgelehnt, und der rot-schwarze Antrag verabschiedet. Dennoch freut sich die GRÜNE Ratsfraktion über den Erfolg in der Sache.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Certa Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Anja Liebert,
Klaus Lüdemann, Gabriele Mahnert,
Paul Yves Ramette, Marc Schulz
Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwid gmbh, Herderstraße 1,
42327 Wuppertal

Auflage: 33.015

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-
Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-
Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner
Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold,
Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Lebensbaum, Sophienstraße; Spunk,
Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!



SECHSTE GESAMTSCHULE: UTOPISCH ODER REALISTISCH?

■ WIE SICH EIN ENTSCHIEDENER RATS BESCHLUSS IN NICHTS AUFLÖSEN KANN



Jedes Jahr dasselbe: Weit über 500 Kinder, die zur Gesamtschule gehen möchten, bekommen eine Absage – die Klassen sind voll. Von daher hat sich der Rat zu Beginn dieses Jahres den Realitäten gestellt, als er mit großer Mehrheit beschloss, eine weitere, eine sechste Gesamtschule in Wuppertal zu bauen.

Fast die Hälfte der abgewiesenen Schülerinnen und Schüler hätte von dieser Maßnahme profitieren können. In einem Erweiterungsantrag forderte die GRÜNE Fraktion außerdem, die Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel auszubauen, um den Ansturm kurzfristig auffangen zu können. Denn so eine Schule baut sich ja nicht von heute auf morgen. Diese Initiative hat die Ratsmehrheit von CDU und SPD allerdings abgelehnt. Man wollte sich ganz auf die Gründung der sechsten Gesamtschule konzentrieren. Von der großspurigen Initiative zur Grün-

dung einer sechsten Gesamtschule von SPD und CDU ist allerdings fast nichts übrig geblieben. Während die Verwaltung prüfte, wo und zu welchen Kosten eine neue Schule gebaut werden könne, verdichteten sich die Zeichen, dass das Vorhaben nicht ohne Widerstand realisiert werden könnte. So erklärte plötzlich der Kämmerer der Stadt, dass ein Neubau nicht zur Diskussion stünde. Gleichzeitig bestritt sein Parteikollege und schulpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion, dass an die Umwandlung einer bestehenden Schule gedacht werde. Aber genau so kam es. Schlappe 80 Gesamtschulplätze sollen dazu kommen, verteilt auf drei zusätzliche Klassen. Im Ausschlussverfahren wurden zuvor alle denkbaren und realistischen Optionen vom Tisch gefegt, bis am Ende an eine baldige Umsetzung des Ratsbeschlusses nicht mehr zu denken war. Im Herbst wurde entschieden, dass die Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel

entsprechend erweitert werden sollen. Das ist nicht mehr als die Hälfte der GRÜNEN Zusatz-Forderung, die sogar als Übergangslösung abgelehnt worden war. Was von der beschlossenen neuen Schule bleibt, steht in den Sternen. Mit der Aussage, die Planungen für eine neue Gesamtschule würden weiter verfolgt, spricht die Verwaltung vor allem unerschütterliche OptimistInnen an. Vielmehr scheint es realistisch, dass auch in absehbarer Zukunft viel zu viele Schülerinnen und Schüler vergeblich auf einen Gesamtschulplatz hoffen werden. Die große Kooperation aus Sozial- und Christdemokraten hat wie so oft in der Schulpolitik viel versprochen und fast nichts gehalten. Das ist Politik nach dem Motto: Problem erfolgreich verschoben. Die GRÜNEN meinen: Eine solche Haltung in der Bildungspolitik kann sich in der Wissensgesellschaft, in der es auf beste Bildung für alle ankommt, keine Partei erlauben.

GRAU STATT GRÜN? NEIN!

Widerstand gegen die geplante Bebauung am Ludgerweg wächst



Wuppertal franst aus. Während die Innenstadt immer leerer wird, zieht es immer mehr Menschen an den Stadtrand. Häuser um Häuser werden dort gebaut, immer weiter außerhalb, Beton statt Natur.

Auch der Ludgerweg im Westen von Vohwinkel, bisher landwirtschaftlich genutzt, soll mit 75 Einzel- und Doppelhäusern zugebaut werden.

Mitte Oktober haben die GRÜNEN zu einem Termin dorthin eingeladen. AnwohnerInnen, UmweltschützerInnen und die GRÜNEN wehren sich gegen die Betonpläne. Das Bauvorhaben am Ludgerweg ist nur eines von

vielen Beispielen für verfehlte Stadtentwicklungspolitik.

Anstatt immer mehr Grünflächen in Außenbereichen zuzubauen, sollte die Entwicklung der Innenstadt Priorität haben. Für die Menschen in Wuppertal, gerade auch für Familien, brauchen wir attraktiven Wohnraum innerhalb des Stadtgebietes. Wenn man die Innenstadtgebiete vernachlässigt, droht nicht nur ein soziales Gefälle zwischen Stadtrandlagen und Talachse. Mit jeder weiteren bebauten Fläche schwindet der Lebensraum von Tieren und Pflanzen, und landwirtschaftliche Fläche wird immer knapper.

Stolperstein zum Gedenken an Olga Weinberg



Foto: Privat

Wuppertal hat am 25. Oktober 2008 einen weiteren Stolperstein zum Gedenken an Opfer der Nazi-Diktatur bekommen. An der Charlottenstraße 34 ist der Stein in den Bürgersteig eingebettet und macht auf Olga Weinberg aufmerksam, die dort wohnte. 1941 musste sie von hier zwangsweise in das Juden-

haus an der heutigen Friedrich-Ebert-Straße umziehen, wie ihre Ur-Ur-Enkelin Kerstin Markus (rechts, neben Gerta Siller, der GRÜNEN Fraktionssprecherin) herausgefunden hat. Am 20. Juli 1942 wurde Olga Weinberg nach Theresienstadt deportiert. Anderthalb Monate später, am 9. September, starb sie dort.

HAUPTSCHULE AUE ERHÄLT BARRIEREFREIEN EINGANG



Foto: Privat

Im September war am westlichen Ende der Hauptschule Aue (jetzt: St. Laurentius Hauptschule) ein Bagger aktiv und hat die kleinen Bauten (inkl. Kneipe) abgerissen.

Was es damit auf sich hat, haben die GRÜNEN in der Bezirksvertretung Elberfeld beim Gebäudemanagement erfragt: Ein barrierefreier Zugang kommt.

Er entspricht mit seiner Steigung von teilweise zehn Prozent zwar nicht den Forderungen von RollstuhlfahrerInnen, aber der Behindertenbeirat hat zugestimmt.

Außerdem bekommen die SchülerInnen einen Balkon zur Wupper hin, den sie z. B. in den Pausen nutzen können. Im nächsten Jahr beginnt die Innensanierung des denkmalgeschützten Gebäudes. Die Aula mit ihrem Denkmalambiente wird danach auch für Externe als Veranstaltungsort attraktiv sein.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

AUSWIRKUNG DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE AUF WUPPERTAL

■ MAN WEISS, DASS MAN NICHTS WEISS

Wir sind noch längst nicht am Ende der weltweiten Finanzkrise angekommen. Das zumindest kann man heute schon sagen. Um mehr Antworten zu bekommen, hat die GRÜNE Fraktion die Verwaltung befragt, welche konkreten Auswirkungen für Wuppertal zu erwarten sind. Und das sind die Ergebnisse: Auch Wuppertal betreibt Cross-Border-Leasing („Über die Grenzen“), wobei die Stadt unter anderem die Kanalnetze an Unternehmen in den USA langfristig vermietet hat, um es direkt selbst wieder von der US-

Firma zurückzumieten, allerdings für einen kürzeren Zeitraum und flexibler. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass Wuppertal von den US-Firmen die komplette Miete für den langen Zeitraum schon bekommt und somit mehr Spielraum hat. Von diesem Geld kann die Stadt die kurzfristige, eigene Miete bezahlen und hat zudem das Recht, das Objekt jederzeit zurückzubekommen. Was die Sache für die US-Unternehmen interessant macht, ist, dass sie die Langzeitmiete als Investition von der Steuer absetzen können. Nun

hat aber im Frühjahr ein US-Gericht geurteilt, dass diese steuerlichen Vorteile der amerikanischen Partner wegfallen. Die Konsequenzen sind noch unklar. Ohne den steuerlichen Vorteil haben die US-Investoren wahrscheinlich kein Interesse mehr, dieses Verfahren fortzuführen. Zudem berichten Medien, dass die amerikanische Steuerbehörde die US-Investoren aufgefordert habe, die Cross-Border-Geschäfte bis zum 31.12.2008 zu vorzeitig zu beenden. Ob diese Informationen stimmen und was sie für die Abfall-

wirtschaftsgesellschaft (AWG) und für die Kanalnetze der Wuppertaler Stadtwerke wie auch für die Verträge des Wuppertalerverbandes – alle betroffen – bedeuten, ist offen. Die Verwaltung schließt Auswirkungen für die GebührenzahlerInnen aus, kann dies aber nicht begründen. Die Informationspolitik der Verwaltung zu den Cross-Border-Verträgen lässt sehr zu wünschen übrig. Wir GRÜNEN bleiben dran und werden Sie über die weitere Entwicklung zum Thema Cross Border Leasing informieren. Wir brauchen drin-

gend eine Kommunale Finanzreform auf Bundesebene. Viele Städte sind hoffnungslos überschuldet, und niemand weiß, wie lange es noch Kredite gibt, die es den Städten ermöglichen, ihre Pflichten zu erfüllen. Die große Koalition schweigt dazu, und auch von unseren beiden Wuppertaler Bundesabgeordneten Manfred Zöllmer (SPD) und Peter Hintze (CDU) hört man nichts. Sie sind zu diesem für die Wuppertaler BürgerInnen wichtigen Thema abgetaucht.

WOCHE DER MOBILITÄT

■ IN DIE STADT OHNE MEIN AUTO



Chronologie des Wahnsinns

Die gute Nachricht zuerst: Wuppertal wird sich im Jahre 2009 erstmals an der Europäischen Woche der Mobilität beteiligen. Warum erst 2009? Das ist eine längere Geschichte:

1999: Das Europäische Klimabündnis, dem auch Wuppertal angehört, veranstaltet erstmals die Woche der Mobilität, der 22. September steht seitdem jedes Jahr unter dem Motto „In die Stadt ohne meine Auto“. Eine Kampagne, an der sich alljährlich tausende von Kommunen in ganz Europa beteiligen. Eine sinnvolle Sache, die dafür wirbt, auf Busse, Bahnen und das Fahrrad umzusteigen.

2000: Die GRÜNEN beantragen, dass Wuppertal sich an dem Aktionstag beteiligen soll. CDU und FDP lehnen das mit knapper Mehrheit ab. Man wolle schließlich keine „chinesischen Verhältnisse“, argumentiert die CDU.

2001: SPD und Grüne beantragen erneut die Teilnahme an der Europäischen Woche der Mobilität. Nichts zu machen, „No“ ist die Antwort der Mehrheit von CDU und FDP.

2003: Erneuter Vorstoß der GRÜNEN, aber die Zeit ist noch nicht reif. Diesmal lehnt sogar die SPD ab. Jedes Jahr im September berichten die Medien derweil über tausende von Europäischen Städten und Kommunen, die sich für umweltschonende Mobilität stark machen.

2005: Der nächste GRÜNE Vorstoß. Beantragt wird, der Rat der Stadt solle

sich dem Aufruf des Klimabündnisses zum Europäischen Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto“ anschließen und die Verwaltung beauftragen, entsprechende Aktionen zu organisieren. Nun wird die Abstimmung im Rat drohlig. Der Rat beschließt zwar, zur Teilnahme aufzurufen, lehnt aber konkrete Aktionen ab.

Juni 2008: Die GRÜNEN lassen nicht locker. Und was passiert? Richtig! SPD, CDU, FDP und WfW lehnen den Antrag ab. Dass sich mittlerweile der Klimawandel überaus stürmisch und bedrohlich für die Menschheit in das globale Bewusstsein eingegraben hat, ändert nichts an der Haltung des Wuppertaler Ratsmehrheit. „So blöd kann doch niemand sein“? Die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Oktober 2008: Die SPD beantragt überraschend eine Beteiligung Wuppertals an der Woche der Mobilität 2009 und fordert dazu ein Veranstaltungskonzept. Dieser Antrag wird in der Ratssitzung am 10. November 2008 einstimmig (!) beschlossen. Die GRÜNEN reiben sich die Augen und staunen. Alles nur geträumt? Der Glaube an das Gute im Rat ist begrenzt: Ein Ergänzungsantrag der GRÜNEN, der die Unterstützung des Klimabündnisses, die Beteiligung von Sponsoren und der Stadtwerke einfordert, wird natürlich wieder abgelehnt.

2009: Ende gut alles gut? Freuen Sie sich mit uns auf den nächsten September. Und wenn Sie mögen, steigen Sie doch jetzt schon mal ab und zu aufs Rad!

SOZIALTICKET SCHAFFT TEILHABE

■ MOBILITÄT FÜR ALLE

Mobilität heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Sozialticket für Bus und Bahn, damit auch Menschen, die nach den derzeitigen Sätzen von ALG II lediglich 15 Euro pro Monat für Mobilität zur Verfügung haben, dieses Geld sinnvoll einsetzen können. Wir wollen daher ein Ticket, das in Wuppertal gültig ist analog der Preisstufe A (Ticket 1000).

Die Kosten für Bus und Bahn sind in den letzten Jahren stärker angestiegen als die Kosten für AutofahrerInnen – das wird aber für Menschen, die Leistungen zum Lebensunterhalt empfangen bzw. Hartz IV bekommen, nicht berücksichtigt.

Uns ist auch klar: die Finanzierung eines solchen Tickets ist für die Stadt in der derzeitigen Finanzsituation nicht möglich. Wie andere Städte auch streben Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Wuppertal daher eine Lösung an, die im gesamten VRR-Tarifgebiet einheitlich ist. Ähnlich wie bereits beim Semesterticket oder Schokoticket, kann ein Sozialticket verbundweit eingeführt werden.

Andere Städte, wie z.B. Dortmund, Bochum oder Unna haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst und teilweise Sozialtickets eingeführt. Solche

Insellösungen sind allerdings für die Kommunen teuer und schaffen keine vergleichbaren sozialen Standards. Da wir in Wuppertal nur für das Tarifgebiet des VRR mitentscheiden dürfen, fordern wir die Wuppertaler Vertreter in der Verbandsversammlung des VRR auf, sich für eine gemeinsame Lösung einzusetzen.

Die Verkehrsunternehmen müssen begreifen, dass Bus und Bahn ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und Grundsicherung für die Bürgerinnen und Bürger sind. Jenseits aller Fragen der Wirtschaftlichkeit muss auch bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen ein Stück sozialer Verantwortung und Kompetenz übernommen werden.

Leider haben in der letzten Ratssitzung am 10.11.2008 CDU und SPD gegen diesen Vorschlag gestimmt. Somit wird Wuppertal sich vorerst nicht für diese Lösung stark machen.

Hoffen wir, dass sich viele andere Kommunen im VRR gemeinsam für ein Sozialticket einsetzen, damit auch die Wuppertaler BürgerInnen von einer besseren Mobilität profitieren können. Für eine flächendeckende Einführung des NRW-Sozialtickets müssen die Verkehrsverbände die Entscheidung treffen und das Land einen finanziellen Zuschuss zusichern.

Das Sozialticket muss zum Standardtarifangebot in den Verkehrsverbänden werden. In anderen Bundesländern wurde zum Beispiel der Anteil der erhöhten Mehrwertsteuer für den öffentlichen Nahverkehr eingesetzt, in NRW hat die schwarz-gelbe Landesregierung das versäumt. Statt Steuergeschenke an AutofahrerInnen zu machen, die jetzt eine geringere KFZ-Steuer bezahlen, wenn sie einen Neuwagen anschaffen (und das unabhängig vom CO₂-Ausstoß des Fahrzeugs), kann diese Geld sinnvoll für eine umweltfreundliche Mobilität verwendet werden.



Foto: Privat

ZEHN JAHRE BEHINDERTENBEIRAT

■ GLÜCKWUNSCH UND HERAUSFORDERUNG

Am 3. Mai 2008 trat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Kraft. Vor allem das Recht auf Bildung steht dort im Vordergrund. Deshalb fordern die UN „ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen“ und verpflichtet auch Deutschland zu entsprechendem Handeln, damit Kinder mit Behinderung gleichberechtigt an Sport-, Spiel- und Freizeitaktivitäten teilnehmen können, auch in der Schule. Wo stehen wir in Wuppertal? Klar ist: Integration wollen alle, aber ihre Umsetzung ist eine Mammutaufgabe. Seit zehn Jahren arbeitet nun der Behindertenbeirat engagiert und konsequent genau an den brennenden Themen. Zehn Jahre klingen lang, sind aber für diese Aufgabe – ein Miteinander anstelle eines Nebeneinanders zu schaffen – eigentlich sehr kurz. Die zehn Jahre sind der Prolog einer Erfolgsgeschichte, an deren Ende hoffentlich die vollständige Integration behinderter Menschen steht.



Noch immer gibt kaum integrative Kindergärten und Schulen. Und wenn es um Gebäude geht, zählt die Baugenehmigung mehr als die Barrierefreiheit. Auch der Denkmalschutz, eine eigentlich gute Sache, ist an dieser Stelle ein Hindernis.

Drei große Aufgaben stehen in Wuppertal dringend an. Eine Schule muss tatsächlich für alle sein. Außerdem

muss es gelingen, behinderte Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und Kinder mit Behinderung sollten nicht in Wohnheimen leben, sondern in liebevollen Pflegefamilien. Das alles klingt abstrakt. Deshalb ist es manchmal hilfreich, Dinge über Modellprojekte deutlich zu machen. Das genau wäre der Weg für Wuppertal. Die Stadt kann zur Spitze der Bewegung werden, wenn der Rat entschlossen handelt und der Behindertenbeirat nicht locker lässt.

Das zehnjährige Bestehen des Behindertenbeirats heißt für GRÜNE daher zweierlei. Erstens: Glückwunsch! Und zweitens: Weitermachen! Auf weiterhin gute, kritische und konstruktive Zusammenarbeit. Es gilt, sich der Herausforderung zu stellen. Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler mit Behinderungen gehören in unsere Mitte.

Lorenz Bahr, GRÜNER Bürgermeister, hielt die Rede zum 10-jährigen Jubiläum des Behindertenbeirates.

NEUE ENERGIE FÜR ALTBAUTEN

■ EINE ENERGETISCHE TOUR DURCHS BERGISCHE

Längst ist klar, was die wahre Sanierungsaufgabe ist: Altbauten auf den neuesten Stand in Sachen Energieverbrauch zu bringen. Das Potenzial ist riesengroß: Eine Menge Energie lässt sich einsparen – gut für den Geldbeutel – und auch eine Menge CO₂ – gut fürs Klima. Vier von fünf Altbauten gelten als sanierungsbedürftig! Doch bisher gibt es noch kein ambitioniertes Handlungsprogramm der NRW-Landesregierung. Auch das Erneuerbare Energie-Wärmegesetz der Bundesregierung, das ab 2009 in Kraft tritt, greift zu kurz.

Und vor Ort? Gemeinsam mit Bettina Herlitzius und Horst Becker, GRÜNE Abgeordnete aus dem Bundes- und Landtag, haben sich die GRÜNEN KommunalpolitikerInnen Sanierungsprojekte in Solingen, Wuppertal und Remscheid angesehen. In der Solinger Beckmannstraße haben Wohnhäuser des Beamten-Wohnungsbauvereins umweltfreundliche Erdwärme-Heizungen bekommen. Hier hat man außerdem die Bedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft beachtet – Stichwort Barriere-

freiheit. Weitere Sanierungsprojekte sind in Planung.

In Wuppertal haben GWG und WSW gemeinsam ein eindrucksvolles Sanierungsprojekt an der Gustav-Heinemann-Straße auf den Weg gebracht. Drei Hochhäuser mit insgesamt 176 Wohnungen bekommen Wärmedämmung, neue Fenster und eine effiziente Heizungsanlage. Im Stadtbaugebiet Honsberg in Remscheid stand der demografische Wandel im Mittelpunkt. Unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner geht es darum, Menschen im Stadtteil zu halten, Energiekosten zu senken und leere Wohnungen wieder mit Leben zu füllen. Klar ist also: Im Bergischen haben wir Vorzeigeprojekte, die Antworten geben auf den demografischen Wandel, steigende Energiekosten, Altersarmut und den Klimawandel. Die GRÜNEN fordern Land und Bund auf, energetischen Gebäudesanierung im Wohnungsbestand besser zu fördern und damit eine Win-Win-Win-Situation zu schaffen: Wirtschaftsförderung, Klimaschutz und gleichzeitig niedrigere Energiekosten, die nicht zuletzt auch vor Altersarmut schützen.



EHRENNADEL FÜR KLAUS LÜDEMANN

Für sein bereits 17 Jahre dauerndes Engagement als Mitglied der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Elberfeld hat der Wuppertaler Rat in seiner Sitzung am 10.11.2008 Klaus Lüdemann mit der bronzenen Ehrennadel geehrt. Wir gratulieren herzlich!



Foto: Privat

UMWELTZONEN – FLUCH ODER SEGEN?

■ DER ERSTE SCHRITT IST GETAN, VIELES BLEIBT ZU TUN

Der Luftreinhalteplan ist seit dem 01. November 2008 in Kraft, gemerkt hat das bisher wohl noch niemand. Ziel des Luftreinhalteplanes ist es, die Feinstaubbelastung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entscheidend zu verringern. Das wollen Alle. Bei der Umsetzung allerdings gehen die Meinungen auseinander. Besonderer Zankapfel sind die Umweltzonen, die von AutofahrerInnen, die keine grüne, gelbe oder rote Plakette erhalten, nicht mehr befahren werden dürfen. In Wuppertal werden die Umweltzonen zum 15. Februar 2009 umgesetzt. Es gibt grundsätzlich ca. 10.000 gewerblich genutzte und ca. 5.000 privat genutzte Fahrzeuge, die von einem Fahrverbot betroffen sind. Für diese Fahrzeuge

gibt es zahlreiche Ausnahme- und Übergangsregelungen. Private PKW haben eine Übergangsfrist bis zum 14.02.2010. Gewerbliche Fahrzeuge können Sondergenehmigungen beantragen. Grundsätzlich sehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Einführung der Umweltzonen positiv, auch wenn die derzeitigen Regelungen noch nicht die gewünschte nachhaltige Verbesserung der Luftqualität bringen werden. Wichtige Schritte hin zu einer Luft zum Durchatmen werden wohl erst grundsätzliche Maßnahmen bringen, die auch im Luftreinhalteplan vorgeschlagen worden sind. Die Optimierung des Radwegenetzes, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Verkehrsberuhigung sowie Vermeidung von Durchgangs-

verkehren in Wohngebieten gehören ebenso dazu wie eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Weitere entscheidende Ideen sind eine energiesparende Heizungstechnik und eine verbesserte Logistik im Warenverkehr. Die Umweltzonen allein werden deshalb nach unserer Meinung noch nicht den Segen für die WuppertalerInnen bringen. Erst das Bündel an Maßnahmen, die in den nächsten Jahren umzusetzen sind, werden nachhaltig zur Senkung der Feinstaubbelastung beitragen. Bei der Verbesserung der Luftqualität können Sie konkret mitmachen: steigen Sie vom Auto um auf umweltfreundliche Verkehrsmittel – dann werden die Umweltzonen für Sie nicht zum Problem werden.



ANZEIGE

Wir wollen Dich...

...denn GRÜN muss wachsen, damit GRÜN noch mehr wirken kann. Und dabei kommt es auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.

Egal ob als "stille Unterstützung" GRÜNER Ideen oder als aktives Mitglied – durch Deine Mitgliedschaft bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN kannst auch Du dazu beitragen, GRÜNE Ziele wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit immer wirklicher werden zu lassen.

Für Dich, für uns und nicht zuletzt für unsere Kinder müssen wir uns schon heute für eine gerechtere, gesündere und gewaltlose Welt von morgen einsetzen.

Deshalb brauchen wir Dich!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de



ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ WASSERKOCHER STATT KESSEL



Foto: Privat

Ein elektrischer Wasserkocher macht sich schnell bezahlt, denn er braucht beim Wasserkochen nicht einmal halb so viel Energie wie ein Kessel oder Topf auf dem Elektroherd. Oder anders ausgedrückt: Um einen Liter Wasser zum Kochen zu bringen, braucht der Blitzwasserkocher nur 70 Wattstunden (Wh) Energie, der Elektroherd hingegen 150 Wh. In knapp drei Minuten bringt der Wasserkocher vier Tassen Wasser zum Kochen und schaltet dann automatisch ab. Nur pfeifen muss man ohne Kessel selbst.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

grün^W
Keiner wie wir.

RATSCHRONIK 15.09.2008

Bürgerbegehren bekommt keine Chance

Über 15.000 Unterschriften hat die Elterninitiative in kürzester Zeit für das Bürgerbegehren gesammelt, das die Schließung der erfolgreichen Hauptschule Cronenberg verhindern soll. Eine beachtliche Leistung!

In der Ratssitzung am 15.09. entschieden CDU und SPD, dass die Kosten für den Unterhalt der Schule im Bürgerbegehren zu niedrig angesetzt seien. Dabei kann sich kaum noch jemand erinnern, wann die Verwaltung je einen Beitrag zur Renovierung des Gebäudes geleistet hat. Den Vorschlag des Bürgerbegehrens, wie der Erhalt der Hauptschule finanziert werden soll, haben CDU und SPD trotzdem abgelehnt.

Eine rechtliche Stellungnahme, von den GRÜNEN in Auftrag gegeben, kommt zu dem Schluss, dass das Bürgerbegehren zulässig ist. Jetzt bleibt der Elterninitiative nur, die Rechtmäßigkeit vor Gericht bestätigen zu lassen.

WSW-Anteile nicht um jeden Preis verhökern!

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich gegen den Verkauf von 33,1 Prozent der Wuppertaler Stadtwerke an den Stromkonzern Electrabel ausgesprochen. Electrabel könnte zukünftig alle wichtigen Entscheidungen blockieren.

Die geplante Beteiligung an neuen Kohlekraftwerken ist nicht mit den Klimaschutzzielen der Bundesregierung vereinbar.

Die GRÜNE Ratsfraktion will kommunale Beteiligungen und den konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung und regenerativer Energien anstelle eines ökologischen Feigenblatts von Electrabel.

Hösterey-Gelände – ein Endlager?

Nach Hinweisen von besorgten BürgerInnen fragten die GRÜNEN die Verwaltung nach unsachgemäß gelagerten, möglicherweise gefährlichen Materialien auf dem Gelände der ehemaligen Fabrik Hösterey in Sudberg. Tatsächlich lagerten verschiedene Alt- und Restöle innerhalb und außerhalb des ehemaligen Firmengebäudes.

Die Verwaltung teilt die Befürchtung der GRÜNEN, dass am Ende die Stadt die Kosten für eine Altlastensanierung tragen muss. Mittlerweile hat der neue Eigentümer die Alt- und Restöle ordnungsgemäß entsorgt.

Verkehrschao und LKW-Lärm auf den Südhöhen

Die GRÜNEN befürchten ebenso wie die dortigen AnwohnerInnen ein absolutes Verkehrschao auf den Südhö-

hen. Denn vom Grundstück innerhalb des Landschaftsschutzgebietes auf Scharpenacken sollen für den Bau der geplanten Jugendvollzugsanstalt mehr als 230.000 (!) Kubikmeter Boden abgetragen werden. Am Standort Parkstraße/Erbschlo soll auch ein neuer Standort für die Bereitschaftspolizei, die Justizvollzugs- und die Landesfinanzschule entstehen. Darüber hinaus werden die Bauarbeiten für den sogenannten Engineering-Park auf den ehemaligen GOH-Kasernen für eine weitere Verkehrsbelastung sorgen. Die Verwaltung sieht dem jedoch bisher gelassen entgegen.

Datenhandel in Wuppertal

140.000 Datensätze von WuppertalerInnen werden jährlich verkauft; Anlass genug für die GRÜNE Ratsfraktion, sich bei der Verwaltung danach zu erkundigen, nach welchen Kriterien und

auf welcher rechtlichen Grundlage die Daten herausgegeben werden, und wie die BürgerInnen widersprechen können.

Explodierende Energiekosten treffen die Armen

Der dramatische Anstieg der Energiekosten geht besonders zu Lasten ärmerer Familien. Deshalb fordern die GRÜNEN, den Menschen, die von Hartz IV leben, die tatsächlichen Energiekosten zu bezahlen anstelle einer unzureichenden Pauschale. Darüber hinaus machen sich die GRÜNEN bei der WSW dafür stark, säumigen KundInnen nicht mehr Strom und Gas zu sperren.

Bundesregierung und WSW AG werden aufgefordert, sozialverträgliche und energiesparende Strom- und Gas Tarife zu entwickeln, die sich an dem Konzept der Verbraucherzentrale NRW anleh-

nen: Notwendige Energie ist gratis, Mega-Kühlschrank und Luxus-Whirlpool umso teurer. Verwundert hat uns die Ablehnung der SPD, die sich auf Landesebene gemeinsam mit den GRÜNEN für einen „Strom-Spar-Tarif“ einsetzt.

Welche Stadt zahlt die Kindergartengebühr?

In der Nachbarstadt in den Kindergärten – wer zahlt? Über 30 Wuppertaler Kinder besuchen einen Kindergarten in Düssel. Die Stadt Wülfrath fordert Wuppertal auf, die Betreuungskosten für diese Kinder zu übernehmen. Wuppertal weigert sich mit Hinweis auf die Haushaltssituation, und die Eltern sind verunsichert.

Die GRÜNEN beantragten deshalb, dass der Rat die Landesregierung zu einer neuen Regelung auffordern soll. Bisher zahlt den kommunalen Eigenanteil die Gemeinde, auf deren Gebiet der Kindergarten liegt. Künftig sollte aber die Kommune zuständig sein, in der das Kind wohnt. CDU und SPD weigerten sich, dem GRÜNEN Antrag zuzustimmen – ohne Begründung.

Fraktionsfinanzierung nach Gutsherrenart

Gegen den Widerstand aller anderen Fraktionen beschlossen CDU und SPD ein neues Konzept für die Geldzuwendungen an die im Rat vertretenen Fraktionen. Im Grundsatz wollen auch die GRÜNEN ein neues, transparentes Modell und dass die Fraktionen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Falsch ist aber, nur die kleinen Fraktionen zu belasten. CDU und SPD sahen das anders. Bei ihrem Vorschlag tragen CDU und SPD 9 Prozent der Last, die kleinen Fraktionen aber 91 Prozent. Das ist unfair.



RATSCHRONIK 10.11.2008

Kein Sozialticket mit CDU, SPD und FDP

Wuppertal ist eine Nothauskommune, das heißt, dass die Stadt keine neuen freiwilligen Leistungen für die BürgerInnen beschließen darf, wenn sie Geld kosten. Die GRÜNE Fraktion macht sich für ein Sozialticket stark, das der VRR (Verkehrsverbund Rhein Ruhr) verbilligt anbieten soll. In einem Antrag zur Ratssitzung am 10. November forderten sie die Wuppertaler VRR-Mitglieder auf, einen Antrag dazu in der Verbandsversammlung zu stellen. Mit dem Sozialticket könnten mehr Hartz IV-EmpfängerInnen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, der für sie sonst nicht bezahlbar ist, und würden dadurch mobiler. Nebenbei würde der ÖPNV noch besser ausgelastet, was verkehrspolitisch wünschenswert ist. Aber CDU und FDP wie sogar die SPD lehnten den Antrag ab. Ärmere Menschen können ja zu Hause bleiben, scheint die Botschaft zu sein.

Internationale Finanzkrise – Folgen für Wuppertal

Besorgt über die internationale Finanzkrise stellten die GRÜNEN zur Ratssitzung am 10.11.2008 eine Anfrage zu den Folgen für Wuppertal. Die Antwort der Verwaltung: Die Zahlungsfähigkeit der Stadt bleibe erhalten, die Zinskosten für die Kassenkredite werden vermutlich steigen, die Realwirtschaft werde unter der Krise leiden, und die Stadt rechne mit sinkenden

Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Keine guten Aussichten, genauere Zahlen gibt es aber noch nicht. Beim Cross-Border-Leasing, bei dem die Stadt gewinnbringend kommunales Eigentum langfristig an US-Unternehmen vermietet und direkt wieder – für eine flexible, kürzere Zeit – zurückmietet, eröffnete die Verwaltung zwei Optionen: Entweder wird der Versicherer gewechselt, oder der Vertrag wird aufgelöst. Letzteres ist wahrscheinlicher, denn in den USA gibt es klare Zeichen, alle Verträge noch in diesem Jahr aufzulösen. Bereits im Mai wurde in den USA ein Urteil zum Cross-Border-Leasing gefällt, über das die Verwaltung die PolitikerInnen in Wuppertal noch immer nicht informierte. Die GRÜNEN kritisieren die mangelnde Informationspolitik.

Bergische Volkshochschule soll Stellen streichen – GRÜNE dagegen

Im nächsten Jahr muss die Bergische Volkshochschule mit 800.000 Euro weniger auskommen. Die Verwaltung schlägt deshalb unter anderem vor, bei den Personalstellen einzusparen. Die GRÜNEN wenden sich vor allem gegen die Streichung von zwei Stellen: zum einen die einer Sozialarbeiterstelle, die unentbehrlich ist, um Jugendlichen beim Schulabschluss zu helfen. Zum anderen betrifft dies die Streichung einer Stelle in der Familienbildung, einem Bereich, der immer wichtiger wird, weil

sich Familienstrukturen wandeln und immer mehr Familien Orientierungsschwierigkeiten und –bedürfnisse haben.

Betreiber-gesellschaft für das Stadion: Entscheidung am Stadtrat vorbei

Aus der Zeitung erfuhren die GRÜNEN, dass eine private Betreiber-gesellschaft für das Stadion geplant ist. Das ist ein weiteres Beispiel für mangelnde Information. Zugleich ist dies ein Beleg für die immer weiter sinkende Diskussionskultur, weil nicht erst in den Gremien diskutiert und beschlossen, sondern einfach entschieden wird. PolitikerInnen werden übergangen, zuerst informiert werden die Medien. Deshalb fragten die GRÜNEN im Rat nach. Ergebnis: Die Gremien sollen erst „zu gegebener Zeit“ informiert werden...

Kontrolle unerwünscht

Mehr Kontrollen bei den Sperrmüll-sammlungen forderten CDU und SPD in einem Ratsantrag. So wollten sie den Diebstahl von Kompressoren aus Kühlschränken verhindern. Mehr Geld soll dies jedoch nicht kosten. Ohne zusätzliches Personal ist das allerdings kaum möglich. Die GRÜNE Fraktion stellte einen Ergänzungsantrag: Die Politik muss über die geplanten Maßnahmen, die Kosten und über die Ergebnisse und (Miss-) Erfolge regelmäßig informiert werden. So wird gewährleistet, dass die Mitglieder des Umweltaus-

schusses auf dem aktuellen Sachstand sind und das Konzept gegebenenfalls ändern können. Das wollten CDU und SPD nicht und lehnten den Antrag ab.

Wuppertal wird endlich Teil der Europäischen Woche der Mobilität

Seit 1999 beantragen die GRÜNEN regelmäßig, dass sich auch Wuppertal an der Woche der Mobilität beteiligen soll. Jedes Jahr werben Tausende von Kommunen mit Aktionen für klimafreundliche Mobilität, für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern. Im Mittelpunkt steht der 22. September mit dem Aufruf „In die Stadt ohne mein Auto“. Jedes Jahr wurde der GRÜNE Antrag abgelehnt. So auch im Juni 2008 mit den Stimmen von CDU und SPD, die jedoch zum 10. November überraschend selbst einen Antrag in den Rat einbrachten, der einstimmig beschlossen wurde. CDU und SPD haben sich das jahrelange GRÜNE Engagement also zu Herzen genommen – allerdings nicht so sehr, dass sie einem Ergänzungsantrag der GRÜNEN mit konkreten Vorschlägen zugestimmt hätten.

Land hält Gelder für die Kinderbetreuung zurück

Weil eine gute Kinderbetreuung zentral ist, hat die Bundesregierung zusätzliche Gelder für den laufenden Betrieb bereitgestellt. Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass die Landes-

regierung diese Mittel an die Kommunen vollständig und zweckgebunden auszahlen soll. Das Land finanziert daraus bisher seine eigenen Zuschüsse an die örtlichen Jugendämter. Lediglich ein kleiner Teil der Mittel – etwa 5 Millionen Euro – bekommen die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz, und das auch noch ohne Zweckbindung. Die Stadt kann damit also genauso gut Straßen bauen oder Bäume pflanzen. Wuppertal braucht das Geld dringend, um mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. CDU und SPD lehnten den GRÜNEN Antrag trotzdem ab.

Wie viele Gesamtschulplätze braucht Wuppertal?

Die GRÜNEN forderten in einem Antrag, eine Elternbefragung an den Wuppertaler Grundschulen durchzuführen, um den tatsächlichen Bedarf an Gesamtschulplätzen zu ermitteln. Die GRÜNEN schätzen, dass die tatsächliche Nachfrage das Angebot noch weitaus höher übersteigt als zur Zeit angenommen. Für eine gute Planung braucht man verlässliche Zahlen. Die Stadt Hannover hatte im September dieses Jahres eine entsprechende Befragung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass weitaus mehr Eltern als erwartet ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden wollen. CDU und SPD wollten sich dem GRÜNEN Antrag nicht anschließen und lehnten ihn in der Ratssitzung ab.